

**Gegenstand: Forschungsprojekt „Speyer im Nationalsozialismus“  
unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Angela Borgstedt  
(Universität Mannheim);  
Präsentation erster Ergebnisse des Forschungsprojektes**

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und gibt einen kurzen Aufriss zur Vorgeschichte der heutigen Veranstaltung und die Praxis von Straßenbenennungen.

Frau Prof. Dr. Borgstedt (Universität Mannheim) referiert einleitend über das Forschungsprojekt, für das es schon 2017 Anfragen gab, das sich aber pandemiebedingt leider verzögert hat. In anderen Städten werden ebenfalls solche Nachforschungen angestellt, zum Teil aber mit weit höherem Aufwand, z.B. in Neustadt/Weinstraße, wo ein ganz anderer wissenschaftlicher Ansatz gewählt wurde.

Zu den angekündigten Veröffentlichungen möchte Frau Dr. Mang-Schäfer wissen, ob diese neben der Buchform auch in anderen Formaten erfolgen werden. Laut Vorsitzender erfolgt dies zunächst als Buch, danach können auch digitale Formate geprüft werden. Frau Prof Dr. Borgstedt fände es interessant, die Orte visuell aufzubereiten, z.B. mit Studenten aus Mannheim.

**Dr. Lenelotte Möller (Historischer Verein der Pfalz):**

Frau Dr. Möller gibt einen grundsätzlichen Überblick zur Thematik von Straßenbenennungen, orientiert auch an den Grundgedanken des Dt. Städtetages und der Fachliteratur dazu.

Die Benennung von Straßen und Plätzen stellt eine besonders hohe Ehrung der Person dar. Umbenennungen sollte es nur aus äußerst wichtigen Anlässen geben, dazu könne auch eine tiefgreifende Veränderung in der Bewusstseinsbildung gehören. Dabei ist in allen Städten eine etwa gleichartige Vorgehensweise zu beobachten. Es bedarf dazu einer Kommission, welche die Fakten wissenschaftlich aufarbeitet und Empfehlungen abgibt. Die Entscheidung liegt beim Stadtrat; dabei ist eine breite Diskussion erwünscht und notwendig. Als Quellen können alle Archive genutzt werden, hier für die Region auch das Frz. Staatsarchiv für die Nachkriegszeit.

Es bedarf auch einer Festlegung, ob nur Straßennamen mit Personen in der NS-Zeit oder alle Namen gesichtet werden, wie das z.B. Freiburg getan hat. Es gibt die dringende Empfehlung, dass mindestens 1 Person keinen persönlichen Bezug zu Speyer hat. Die Einteilung der Ergebnisse erfolgt in 4 Gruppen:

- 1 unbelastet,
- 2 gering belastet, würde heute nicht mehr ausgewählt werden,
- 3 belastet,
- 4 schwer belastet

Es besteht heute weitgehend Konsens, dass die bloße Mitgliedschaft in der NSDAP allein keinen Grund für eine Entziehung mehr darstellt; ergänzend sollte aber ein klärendes Schild mit einer kurzen Erläuterung angebracht werden. Nach einer Umbenennung muss mindestens 2 Jahre eine parallele Bezeichnung wegen der Orientierungsfunktion des Straßennamens erfolgen.

Die Vorsitzende ergänzt, in Landau wurden insgesamt 160 Straßennamen geprüft, 19 davon waren kritisch, 2 sollten umbenannt werden. Die Beratung der Ergebnisse sollte im Kulturausschuss erfolgen.

**Dr. Ludger Tekampe (Historisches Museum der Pfalz) - Friedrich Sprater:**

Der Historische Verein der Pfalz wurde unmittelbar der NS-Kulturgemeinde untergeordnet. F. Sprater war seit 1937 Mitglied der NSDAP, vermutlich eher aus opportunistischen Erwägungen. Er fiel als Museumsleiter nie durch besondere Unterstützung der national-völkischen Ideen auf, in die auch das Historische Museum eingebunden werden sollte. Leider wurden die Akten des Museums in der Zeit zwischen 1935 und 1945 akribisch gesäubert, vermutlich durch F. Spraters Nachfolger.

F. Sprater war nach heutigen Erkenntnissen sicher kein unmittelbarer Täter. Es gibt noch einen lebenden Enkel, bei dem aber auch keine Unterlagen vorhanden sind.

### **Dr. Christoph Picker (Evangelische Akademie der Pfalz) - Hans Stempel:**

Zur Geschichte von H. Stempel werden auf Basis intensiver Forschung 2 Bücher erscheinen, das erste davon am 8. Oktober 2022 im Bibliothekszentrum. H. Stempel war Ratsbeauftragter für die Betreuung von Kriegsverurteilten. Er sah sich primär als Seelsorger, entwickelte darüber hinaus aber auch politische Aktivitäten. Zu seinen Klienten gehörten auch hochrangige NS-Akteure. Als besonders problematisch werden seine Beziehungen zur sog. „Stillen Hilfe“ beurteilt, in deren Präsidium er 1953 gewählt wurde, an dessen Sitzungen aber nie teilgenommen hat.

H. Stempel war sicher kein Alt-Nazi, er hat aber eine fehlende Distanz zu solchen erkennen lassen, was eine kritische Aufarbeitung gehemmt hat.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, ob er für Kriegsgefangene allgemein oder nur NS-Größen zuständig war. Seine Aufgabe war die Kriegsgefangenen-Betreuung. Die Frage aus der Zuhörerschaft nach seinem Antrieb beantwortet Herr Dr. Picker mit der Tätigkeit als Seelsorger. Die Stimmung in der frühen Bundesrepublik empfand Kriegsgefangene als „unsere Leute im Ausland“. Auf das Verhältnis zu Juden angesprochen, erkennt Herr Dr. Picker keine vordergründige antisemitische Rolle.

Ein Sohn von H. Stempel lebt noch, Herr Dr. Picker empfiehlt aber, man sollte sich vom Urteil dieser Zeitzeugen sehr frei machen.

### **Alexander Krause (Fachleiter Geschichte, Gymnasium am Kaiserdom) - Karl Leiling:**

K. Leiling wurde 1919 mit 31 Jahren Bürgermeister, blickte bei Machtübernahme der NSDAP bereits auf eine 14jährige Amtszeit zurück und blieb als einer der wenigen Bürgermeister im Amt. Herr Krause typisiert seine Arbeit als opportunistische Abwicklung des notwendigen Übels. Dabei sei keine ausgeprägte Unterstützung der Ideologie erkennbar, vielmehr die geräuschlose Arbeit für die Stadt mit dem System. Als Jurist hat er auch NS-Recht umgesetzt. Es gab mehrere erfolglose Absetzungsversuche durch die Gauleitung. Der aktive Erwerb der NSDAP-Parteimitgliedschaft erfolgte erst 1938. Im gleichen Jahr wurde sein Bruder zum Schulleiter am Kaiserdomgymnasium ernannt. Sein zweiter Bruder, Heinrich Leiling, wurde bereits 1932 Parteimitglied.

K. Leiling war aus Sicht von Herrn Dr. Wilke als Bürgermeister auch Personalchef der Verwaltung. Er will wissen, ob es eine kritische Auseinandersetzung mit diesem heiklen Thema gibt, was verneint wird. Ein tieferer Einstieg hat bisher nicht stattgefunden.

Herr Popescu stellt fest, dass unter K. Leiling Bücherverbrennungen im vorausseilenden Gehorsam stattfanden. Auch die Entlassung von Sara Lehmann und die sog. Reichskristallnacht fallen in seine Ägide. Speyer wurde von der Verwaltung sehr früh als „judenfrei“ gemeldet. Dazu sollte vertiefend geforscht werden.

Frau Münch-Weinmann möchte wissen, ob über seine Tätigkeit beim Amtsgericht Speyer vor seiner Wahl zum Bürgermeister Erkenntnisse vorliegen. Dies wird verneint.

Herr Czerny erkundigt sich, ob Nachfahren der Personen bekannt sind bzw. ob mit solchen gesprochen wurde. Frau Prof. Dr. Borgstedt erläutert, man sei auf die Quellenlage angewiesen, dazu sind sehr aufwendige Recherchen notwendig.

Herr Elfert (DGB) fragt nach, ob es hinsichtlich seiner Absetzung 1943 tiefere Erkenntnisse zu den Umständen gibt. Nachdem er die gesetzliche Altersgrenze erreicht hatte, sorgte die Gauleitung für einen Ersatz durch den linientreuen Rudolf Trampler.

Die Vorsitzende schlägt vor, vertiefend im Kulturausschuss wegen der Straßenbezeichnungen zu beraten. Evtl. sollten auch noch andere Personen beleuchtet werden, außerhalb der NS-Zeit. Sie beschäftigt sich auch mit dem Umgang von opportunistischen Erwägungen und dem Widerstehen in totalitären Systemen, in Abgrenzung zum aktiven Widerstand

### **Dr. Klaus-Jürgen Becker (Stadtarchiv Ludwigshafen) - Luise Herklotz:**

Er dankt zunächst dem Stadtarchiv für die umfassende Unterstützung.

L. Herklotz absolvierte zunächst eine Ausbildung bei der Speyerer Zeitung als Schriftleiterin bis 1939. Mit Kriegsbeginn folgt ein auffälliger Bruch in der Biografie, der möglicherweise dem Einsatz von Frauen als Ersatz für Männer geschuldet ist, die zum Wehrdienst eingezogen wurden. Ohne sich beworben zu haben, wurde sie aufgrund der Zwangsmitgliedschaft in der Dt. Arbeitsfront durch das Arbeitsamt ins Konzentrationslager Dachau als Stenotypistin sowie später in ein Rüstungsunternehmen abgeordnet. Dazu sind leider keine Akten vorhanden, sie selbst hat immer zu dieser Zeit geschwiegen. Ab 1940 arbeitete sie wieder als Schriftleiterin in diversen Öffentlichkeitsorganen. Ihre Zeugnisse waren durchgehend positiv. Beiträge mit ihrem Redaktionskürzel lassen wenig Distanz zum System erkennen. Bei Eintritt in die SPD 1946 bescheinigt ihr Leumund, sie sei in Dachau „aus journalistischer Neugier“ gewesen, was sich aber nicht in entsprechenden Publikationen widerspiegelt. Diese Tätigkeit war bei der SPD in Speyer offenbar bekannt. Mit dem „Amnestiebescheid“ von 1951 galt sie als „vom Gesetz nicht betroffen“. Der Zeitraum 1939-1940 spielt in späteren Unterlagen keine Rolle mehr. Bedauerlich sei ihre fehlende Distanzierung oder Äußerung dazu. Herr Dr. Becker spricht von der „Auslassung einer historischen Chance“.

Auch bei den Gewerkschaften wurde diese Zeit in Diskussionen „ausgelassen“ (sei ruhig, das ist alles `rum), so Herr Elfert.

Herr Brandenburger erkundigt sich nach der Wahrscheinlichkeit weiterer Quellen zur Aufklärung. In Dachau sind keinerlei Akten zur Person vorhanden, so Herr Dr. Becker. Schriftleiterin sei nicht gleichzusetzen mit Redakteurin; kein Artikel stellt einen wirklichen Kommentar der Person dar. L. Herklotz war nur Mitglied in der Arbeitsfront, aber nicht in der Partei, hat ihre Arbeit aber so im Sinne der Partei erledigt, dass sie diese bis 1945 ausüben konnte. Nach Ansicht von Herrn Dr. Picker stellt sich in diesem Zusammenhang immer die Frage nach Eigeninitiative und Fremdbestimmung.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Wilke erläutert Herr Dr. Becker, dass es keine Nachweise für eine journalistische Tätigkeit in Dachau gebe, auch keine späteren Publikationen.

Herr Popescu spricht im Zusammenhang mit der Auslassung dieser Phase als Augenzeugin, auch nach 1945, von einer Schuld durch Wegschauen.

Frau Dr. Mang-Schäfer erkennt ein Loch in der Biografie, das man aber auch nicht künstlich füllen sollte. Es gibt offenbar keine neuen Erkenntnisse; die Historie war in der SPD bekannt.

Frau Dr. Möller erinnert daran, dass auch tiefgreifende Veränderungen in der Bewusstseinsbildung Grund für die Neubewertung eines Sachverhaltes sein können.

Frau Selg erinnert in diesem Zusammenhang an das Tagebuch von Anna Haag: „Denken ist heute überhaupt nicht mehr in Mode (1940-45)“, in dem sie sich auch mit den Publikationsmöglichkeiten jener Zeit auseinandersetzt.

Nach Ansicht der Vorsitzenden weisen die Biografien vieler Menschen in dieser Zeit Brüche auf. Sie appelliert an die Verantwortung im Umgang mit der Auseinandersetzung mit geschichtlichen Personen und dankt allen Beteiligten für diesen Abend.

Sie schließt die öffentliche Sitzung mit Hinweisen auf weitere Veranstaltungen zu dem Themenkomplex.

16. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 06.09.2022



16. Sitzung des Ältestenrates 06.09.2022 **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!